

Offener Brief an das Parlament

Grenchen, den 10. November 2022

Sehr geehrte National- und Ständeräte

Am 30. September 2022 haben Sie ein dringliches Gesetz beschlossen, welches eine Solarpflicht für Neubauten ab 300m², den sofortigen Bau von Freiflächen-Solaranlagen in den Alpen und die Erhöhung der beiden Staumauern des Grimsel-Sees vorsieht.

Gegen dieses dringliche Bundesgesetz haben ich und 22 Mitstreiter/innen aus dem Kanton Solothurn eine Stimmrechtsbeschwerde beim Bundesgericht eingereicht.

Das Parlament hat zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz das obligatorische Referendum unterdrückt.

Sie hätten das dringliche Bundesgesetz Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreiten müssen, denn das Gesetz verstösst in mehreren Punkten gegen die Verfassung. Das haben auch mehrere namhafte Rechtsprofessoren festgestellt. Das Bundesamt für Justiz kam zuerst zum gleichen Schluss, hat dann aber beide Augen zugedrückt.

Das Bundesgericht hat nun unsere Beschwerde zwangsläufig ablehnen müssen, denn es darf gemäss BV 189 Abs. 4 keine Beschwerden gegen Parlamentsbeschlüsse behandeln.

Das Bundesgericht schreibt, dass eine „**gewichtige Rechtsschutzlücke**“ besteht, die Sie, sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, schliessen können. Die politischen Rechte, die durch BV 34 und BV 29a garantiert sein müssten, fehlen.

Faktisch ist also das Parlament allmächtig und kann am Volk vorbei entscheiden.

Ich bitte Sie daher, gestützt auf das vorliegende Bundesgerichtsurteil, diese gewichtige Rechtsschutzlücke zu schliessen und die politischen Rechte des Volks zu sichern.

Spontan schlage ich die Anpassung des Bundesgerichtsgesetzes unter Artikel 82f. vor: Wenn vom Parlament ein Gesetz beschlossen wird, das gegen die Verfassung verstösst und wo richtigerweise ein obligatorisches Referendum von Volk und Ständen nötig wäre, das Parlament dieses aber unterdrückt; dann muss das Stimmvolk beim Bundesgericht sein Stimmrecht einfordern können.

Sollte das Parlament diese gewichtige Rechtsschutzlücke nicht umgehend schliessen, behalten wir uns vor, mit weiteren demokratisch gesinnten Stimmbürger/innen eine Volksinitiative zu lancieren. Sozusagen auf dringlichem Weg, denn unsere Demokratie ist akut in Gefahr!

Ich danke Ihnen für Ihre umgehende Reaktion.

Mit freundlichen Grüssen



Elias Vogt
Stimmbürger aus Grenchen SO